

25

Großeltern ...

... halten Familien zusammen, unterstützen Kinder und betreuen Enkelkinder. Grund genug, die jüngste Ausgabe von "Aktiv im Ruhestand" den Omas und Opas zu widmen. Über sechs Millionen Ältere üben dieses Ehrenamt aus und erweisen den beiden nachfolgenden Generationen damit einen großen Liebesdienst. Sie gleichen so gesellschaftliche Versäumnisse aus. Vielfach bedeutet die Großelternrolle, selbst die als Leihoma oder -opa, Sinn und Freude. Besonders tragisch sind deshalb Fälle, in denen Enkel und Großeltern den Kontakt zueinander verlieren.

Ein weiterer Heftschwerpunkt widmet sich dem Thema Betrug. Zunehmend bedienen sich Kriminelle künstlicher Intelligenz, um an Geld und Wertgegenstände keineswegs nur älterer Menschen zu gelangen. Wir berichten, wie man sich bei Schockanrufen verhalten sollte und wo Hilfe zu bekommen ist. Über die Kandidaten für die Wahl der Geschäftsführung der dbb bundesseniorenvertretung und zu weiteren interessanten Themen lesen Sie im neuen AiR. ada

Impressum:

AiR – Aktiv im Ruhestand. Magazin des dbb für Ruhestandsbeamte, Rentner und Hinterbliebene. Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. Telefon: 030.4081-40. Telefax: 030.4081-5599. Internet: www. dbb.de. E-Mail: airmagazin@dbb.de. Leitende Redakteurin: Anke Adamik (ada). Redaktion: Carl-Walter Bauer (cwb), Jan Brenner (br), Dr. Walter Schmitz (sm). Redaktionsschluss:
10. jeden Monats. Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. "AiR – Aktiv im Ruhestand" erscheint zehnmal im Jahr. Titelbild: Cottonbro/Pexels. Einsendungen zur Veröffentlichung: Manuskripte und Leserzuschriften müssen an die Redaktion geschickt werden mit dem Hinweis auf Veröffentlichung, andernfalls können die Beiträge nicht veröffentlicht werden.

Bezugsbedingungen: Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 48,40 Euro zzgl. 7,90 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 5,10 Euro zzgl. 1,70 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Für Mitglieder der BRH-Landesorganisationen ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Adressänderungen und Kündigungen bitte in Textform an den DBB Verlag. Abonnementskündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr.

Layout: FDS, Geldern. **Gestaltung:** Daniel Terlinden. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Anzeigenverkauf: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@ dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 64 (dbb magazin) und Aktiv im Ruhestand Preisliste 52, gültig ab 1.1.2023.

Druckauflage: dbb magazin 552 782 Exemplare (IVW 2/2023). Druckauflage AiR – Aktiv im Ruhestand 15 000 Exemplare (IVW 2/2023). Anzeigenschluss: 6 Wochen vor Erscheinen. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. ISSN 1438-4841



Schwerpunkt: Familienretter und Alltagshelfer Bundesseniorenkongress: Interessen intensiver vertreten Lebensarbeitszeit: Babyboomer hören später auf Rentenberechnung: Altersarmut droht 6 BAGSO: "Rechte mutig einfordern" Aus den Ländern dbb landesbund brandenburg: Säulen für gute Pflege Standpunkt Gesellschaftliches Potenzial der Älteren nutzen **Titelthema** Großeltern sein: Die Freude, ein Kind wachsen zu sehen 12 Recht auf Umgang: "Wir gucken zu wenig auf die Kinder" 14 **Brennpunkt** Kriminalität: Ihre Beute fest im Blick Blickpunkt



Convenience-Produkte: Es kommt drauf an, was man draus macht ...



Modernes Leben Opferschutz: Scham ist ein schlechter Berater 20 Nach-Lese 22 Buchtipp 23 Gewinnspiel 24



Einkommenspolitik – Regionalkonferenzen zur Einkommensrunde der Länder

Tarife: Konflikte werden ruppiger 28 Nachrichten Nachgefragt – Dr. Katrin Krömer, Vorständin



Ressourcen der Bundesagentur für Arbeit 30 Europa – Der öffentliche Dienst in Österreich: Zwischen Personalnot und Transformation 32

Jugend – Arbeitssicherheit im öffentlichen Dienst: Jeder Fünfte erlebt Gewalt Blickpunkt – Arbeitsschutz und Klimawandel: Hitzeschutz am Arbeitsplatz ist kein Nischenthema mehr

Beamte - Arbeitsschutz und Unfallfürsorge für Beamtinnen und Beamte: Im Dienst rundum abgesichert

Topthema – Arbeitswelt im Kontext des Klimawandels: Der Klimawandel passiert jetzt 38 Frauen – Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung: Care-Arbeit braucht Entlastung

Reportage - Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung: Deutschlands nautische Detektei 42

Lebensarbeitszeit

Babyboomer hören später auf

Laut einer Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB) verweilen Babyboomer zwischen 55 und 64 Jahren länger in bezahlten Jobs, als dies in den Generationen vor ihnen der Fall gewesen war.



In der Lebensspanne zwischen 55 und 64 gingen 1955 geborene Männer demnach im Schnitt 7,3 Jahre einem bezahlten Job nach. 1941 geborene Männer seien in der entsprechenden Zehnjahresspanne durchschnittlich nur 5,3 Jahre erwerbstätig gewesen. So ermittelten es die Autoren der im Fachjournal "Demography" veröffentlichten und vom BIB in einer gemeinsam mit dem Max-Planck-Institut für demografische Forschung erarbeiteten Studie.

Bei den Frauen habe sich der Arbeitszeitraum von 2,6 auf 4,8 Jahre fast verdoppelt. Ein Zuwachs, allerdings geringer, habe sich auch für die Altersspanne 65 bis 74 Jahre ergeben. Den deutlichsten Unterschied registrierten die Forscher bei Fachkräften und gehobenen Fachkräften, den geringsten in niedrigen Bildungs- und Berufsgruppen. Als Ursache sehen sie neben Reformen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Rente das höhere Bildungsniveau der Babyboomer an.

Die Studie konstatiert deutliche Ost-West-Unterschiede. Von den 1955 Geborenen hatten westdeutsche Männer mit 7,4 Jahren die höchste Erwerbslebensdauer im Alter zwischen 55 und 64 Jahren. Dagegen war diese bei westdeutschen Frauen mit 4,6 Jahren am niedrigsten. Ostdeutsche Männer und Frauen befanden sich mit 6,8 Jahren und 5.5 Jahren dazwischen.

Rentenberechnung

Altersarmut droht

Über neun Millionen derzeit Vollzeitbeschäftigte könnten laut Bundesarbeitsministerium unter 1500 Euro Rente erhalten.

Aus Berechnungen des Arbeitsministeriums geht laut eines Berichts des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) von Mitte September hervor, dass sich nach jetzigem Stand etwa 9,3 Millionen oder 40 Prozent der derzeit etwa 22 Millionen sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten im Alter auf eine monatliche Rente von unter 1500 Euro einstellen müssen. In den östlichen Bundesländern droht gar einer Mehrheit eine Rente unter 1300 Euro.

Um auf Altersbezüge in Höhe von 1 500 Euro zu kommen, müssen Arbeitnehmer aktuell bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden 45 Jahre lang für einen rechnerischen Stundenlohn von 20,78 Euro gearbeitet haben. Das entspricht einem Bruttomonatslohn von 3 602 Euro.

Für eine künftige monatliche Rente in Höhe von 1 300 Euro ist aktuell bei 40 Stunden Wochenarbeitszeit über 45 Jahre hinweg ein Stundenlohn von 18,01 Euro nötig, was einem Bruttolohn von 3 122 Euro entspricht. Bei einer Rente von 1 200 Euro wäre derzeit bei gleicher Wochen- und Lebensarbeitszeit rechnerisch ein Stundenlohn von 16,62 Euro oder ein Bruttomonatslohn von 2 882 Euro nötig.

Der Mindestlohn beträgt in Deutschland aktuell zwölf Euro und könnte zum 1. Januar 2024 auf 12,41 Euro steigen. Nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes waren im Oktober 2022 rund 5,8 Millionen Jobs von der damaligen Erhöhung des Mindestlohns betroffen.

Standpunkt

Gesellschaftliches Potenzial der Älteren nutzen

In Schottland sagt man, man solle besser gehen, solange man gebeten wird zu bleiben, als zu bleiben, wenn man gebeten wird zu gehen. Ich will diese Volksweisheit annehmen und mich aus dem Vorstand der dbb bundesseniorenvertretung verabschieden.

Ich blicke zurück auf fast 50 Jahre Gewerkschaftsarbeit, zunächst in der komba gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen, später auch auf Bundesebene. Als Gewerkschafter habe ich mich in meiner langjährigen Tätigkeit im Personalrat stets als Mittler zwischen den Beschäftigten und den Dienstherren, als Streiter für die Rechte der Mitarbeiter und die Belange des Einzelnen verstanden. Im Miteinander unter Kollegen ebenso wie mit Arbeitgebern waren mir der respektvolle Umgang und die Begegnung auf Augenhöhe wichtig.

Als ich 2013 pensioniert wurde, war mir klar, dass Gewerkschaftsarbeit nicht mit der aktiven Dienstzeit endet. Seniorinnen und Senioren brauchen eine starke Stimme im dbb, genauso wie Aktive, Frauen und Junge, damit deren Belange gehört, berücksichtigt, politischen Entscheidern dargelegt und letztlich umgesetzt werden.

Mit einem gewissen Stolz sage ich im Rückblick: Ich bin dbb Senior der ersten



Stunde. Auf dem Gründungskongress 2013 wurde ich zum stellvertretenden Vorsitzenden der dbb bundesseniorenvertretung gewählt und habe dieses Amt bis heute inne. Damals wie heute bin ich davon überzeugt, dass Seniorinnen und Senioren in einer alternden Gesellschaft ihre Anliegen selbstbewusst vertreten müssen. Ist man erst einmal aus dem Berufsleben raus, wird man kaum noch nach der eigenen Meinung gefragt, Aufgaben erhält man nicht, sondern man sucht sie sich. Gesamtgesellschaftlich stehen Ältere unter dem Verdacht, nur noch Kosten zu verursachen, sei es durch Rente oder Pension, sei es durch Krankheit oder Pflege.

Ich habe in meiner Arbeit stets versucht, solche Unterstellungen nicht nur zurückzuweisen, sondern zu entkräften. Wir Älteren haben durch unsere Arbeitsund Lebensleistung, durch die Gründung von Familien und durch Kindererziehung die finanzielle Absicherung im Alter mit Recht erworben, und Alter hat ein Potenzial, das es gesellschaftlich zu nutzen gilt, sei es als Mentor, als Familienhelfer, im Ehrenamt.

Ein Thema, dass mir besonders am Herzen liegt, ist die Pflege. In zahlreichen Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern habe ich stets dafür geworben, dass Pflege sicher und bezahlbar sein muss. Schon heute, lange vor dem Pflegepeak, gibt es zu wenig stationäre Pflegeplätze und zu wenig Personal. Vor diesem Hintergrund ist der Umgang mit pflegenden Angehörigen, der stärksten Säule im Pflegesystem, geradezu

sträflich. Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, müssen dafür ebenso aus Steuermitteln finanziert werden wie Eltern, die für die Erziehung ihrer Kinder Elterngeld erhalten. Die Leistung für die Gesellschaft ist vergleichbar. Kommen die Kinder meist auf Wunsch der Eltern, so ist der Pflegefall in der Familie nicht gewählt.

Thematisch begleitet hat mich die Pflege auch in zahlreichen Seminaren, deren Leitung ich übernehmen durfte. Neben der Vermittlung von Expertenwissen war der Erfahrungsaustausch der Teilnehmer untereinander stets besonders intensiv, da alle in irgendeiner Weise persönlich mit Pflegebedürftigkeit konfrontiert waren. Ich sehe es als Zeichen des Erfolgs an, dass sämtliche Seminare der dbb bundesseniorenvertretung Wartelisten führen, obwohl die Teilnehmerzahl 2023 von 15 auf 20 angehoben wurde. Auch die nächste Geschäftsführung der dbb bundesseniorenvertretung wird sich, da bin ich sicher, für weitere Verbesserungen im Bereich der Pflege einsetzen.

Ich danke allen meinen Kollegen, Mitstreitern und Unterstützern. Gewerkschaft war, ist und bleibt mein Leben. Ich wünsche mir, dass in der seniorenpolitischen Arbeit "Nachwuchs" gewonnen werden kann. Ich halte es mit Trude Herr und sage: "Niemals geht man so ganz." Auf der einen oder anderen Tagung sehen wir uns wieder.

Klaus-Dieter Schulze, stellvertretender Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung



Recht auf Umgang

"Wir gucken zu wenig auf die Kinder"

Sowohl Großeltern als auch Enkelkinder verwaisen, wenn Eltern den Kontakt zwischen beiden Generationen unterbinden. In Selbsthilfegruppen versuchen Betroffene, das entstandene Leid zu lindern.

Welch eine Freude – ein Enkelkind! Eine überwiegende Mehrheit der Großeltern hilft den eigenen Kindern nicht nur selbstverständlich bei der Kinderbetreuung, sie genießt das Zusammensein mit der übernächsten Familiengeneration. Die Kindeskinder aufwachsen zu sehen, versöhnt viele mit dem eigenen Alter und schlägt eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft.

Wie groß die Trauer sein kann, wenn diese Brücke

zerstört wird. Enkel und Großeltern keinen Kontakt mehr haben, kann erahnen, wer mit Mitgliedern von Selbsthilfegruppen für verwaiste Großeltern spricht. Annemie Wittgen leitet gleich zwei. Zu den monatlichen Treffen der 2002 gegründeten Bundesinitiative Großeltern (BIGE) kommen in Euskirchen und Köln vor allem von Scheidung oder Trennung der eigenen Kinder Betroffene. Sie bekommen dort über Erfahrungsaustausch vor allem Hilfe zur Selbsthilfe angeboten.

"Das Leid ist sehr groß", sagt Wittgen nicht nur über die verwaisten Omas und Opas. Auch die Enkel würden die Leerstelle in ihrem Leben schmerzlich wahrnehmen und mitunter den Kontakt zu Oma und Opa gegen den Willen der Eltern aufrechterhalten.

Kontaktabbruch nach Trennung

Den 390 700 Eheschließungen des Jahres 2022 standen laut Angaben des Statistischen Bundesamtes

137 400 Scheidungen gegenüber. Die Zahl der Scheidungen ist mit Ausnahme des Jahres 2019 seit 2012 kontinuierlich gesunken. Im Vergleich zu 2021 um etwa 3,8 Prozent. In der Hälfte aller Scheidungsfälle gab es Kinder in der Beziehung. Etwa 115 800 Minderjährige waren betroffen. Zahlen zu Kindern, die von der Trennung ihrer unverheirateten Eltern betroffen sind, liegen nicht vor.

Viele Eltern mögen im Interesse der gemeinsamen Kinder zu gütlichen Sorgerechtsvereinbarungen finden und diese auch diszipliniert einhalten. Annemie Wittgen jedoch schätzt die Zahl der Kinder, die typischerweise bereits in den ersten sechs Monaten nach der Trennung den Kontakt zu einem Elternteil und den dazugehörigen Großeltern verlieren, auf 50 000 pro Jahr. In ihren Gruppen sein etwa

15

die Hälfte der Teilnehmer von dem Problem betroffen. Neben den Scheidungsfällen gebe es aber auch Kinder, die den Kontakt der eigenen Eltern zu ihren Enkeln aus anderen Gründen unterbinden würden. Langjährig schwelende Familienkonflikte, Streit unter Geschwistern, erbrechtliche Auseinandersetzungen, auch unterschiedliche Erziehungsstile können zu Kontaktabbrüchen führen.

"Gerade die jungen Frauen übernehmen das Familiensystem, das sie kennen", erzählt Wittgen, die als Krankenschwester viele Jahre auf einer Neugeborenenstation gearbeitet hat. Die heutige 75-jährige Rentnerin beobachtete damals, wie sich Familienkonflikte bereits während der ersten Lebenstage der Kinder bei Verwandtenbesuchen im Krankenhaus aufgebaut hätten. Mitunter habe eine einzige ungeschickte Bemerkung der Schwiegermutter ausgereicht. "Viele Großeltern verstehen erst, wenn das Enkelkind da ist, dass man innerhalb der Familie grundverschiedene Vorstellungen davon hat, was für die Kleinen richtig und wichtig ist."

Bundesweites Netzwerk zur Selbsthilfe

Um schon frühzeitig auf diese Problematik vorzubereiten, organisiert die Initiative inzwischen Kurse für werdende Großeltern. Darüber hinaus werden auch Seminare mit Psychologen, Rechtsanwälten und Familienrichtern angeboten. Dennoch beobachtet Wittgen: "Es gibt kaum jemanden, der in solch ei-

ner Situation keine psychologische Hilfe braucht."

Die BIGE, für die Wittgen ehrenamtlich arbeitet, versteht sich als bundesweites Netzwerk von Selbsthilfegruppen. Sie setzt darauf, dass sich auch in Bundesländern, in denen es bislang keine Aktivitäten gibt, Betroffene finden, die sich in Gruppen organisieren. Das würde die Position der Initiative gegenüber der Politik stärken. Zwar sprächen Vertreter der Initiative immer wieder mit Politikern; zuletzt ist man im Januar gemeinsam mit anderen Betroffeneninitiativen im Bundesjustizministerium vorstellig geworden. Aber auf die Agenda des Justizministers oder der Bundesfamilienministerin hat es das Thema "Umgangsrecht der Großeltern" bislang nicht geschafft. In Ländern wie Frankreich und teilweise auch in den USA hätten es Elternteile deutlich schwerer, Umgangsvereinbarungen zu unterlaufen und den anderen Elternteil oder Verwandte zu vergrämen. "In Deutschland ist es so, dass wir als Großeltern nachweisen müssen, dass der Umgang mit uns wertvoll für das Kind ist", schildert Wittgen. "In Frankreich muss der Elternteil, der den Umgang unterbinden will, belegen, dass das Gegenteil der Fall ist. Wir machen uns stark für diese Beweislastumkehr."

In schwacher rechtlicher Position

Die schlimmsten Fälle, von denen Annemie Wittgen in den Selbsthilfegruppen hört, sind für sie die, wo Kinder und Großeltern aufgrund von Sucht- oder

anderen psychischen Erkrankungen der Eltern voneinander getrennt werden. Eine Großmutter, der die Kinder nicht die Tür geöffnet hätten, habe immer wieder Briefe und Geschenke bei Nachbarn abgegeben, bis nach anderthalb Jahren herausgekommen sei, dass den Eltern das Sorgerecht entzogen und die Enkelkinder in einer Pflegefamilie untergebracht worden seien. Auf ausdrücklichen Wunsch eines Elternteils hin hätte das zuständige Jugendamt, das rechtlich keine weitere Eingriffsmöglichkeit gehabt habe, die Großeltern nicht einmal informieren dürfen. Wittgen: "Wir sind sehr liberal hier in Deutschland, aber gucken zu wenig auf die Kinder."

Die BIGE rät verwaisten Großeltern zuallererst zu Besonnenheit. Auch eine Stelle einzuschalten, die zwischen den streitenden Familienteilen vermitteln kann, Jugendamt, Caritas oder auch Diakonie, kann sinnvoll sein. Vor allem aber: Briefe schreiben. nicht nur an die eigenen Kinder und Schwiegerkinder, auch an die Enkel. Bleibt der Kontakt dauerhaft unterbrochen, haben diese später die Chance, sich ein eigenes Bild vom Familienzerwürfnis zu bilden. Selbst dann, wenn sie Oma und Opa dazu nicht mehr befragen können.

ada

Webtipp

grosselterninitiative.de



Vielen Beihilfeberechtigten wächst die umständliche Arbeit mit ihren Krankenkostenabrechnungen über den Kopf, und wenn die Pflege dazu kommt, sind die Angehörigen rasch überfordert. Wer kann hier helfen?

Mit unserem Komplett-Service sind Privatversicherte, Beamte und deren Angehörige in besten Händen: Wir übernehmen für unsere Mandanten alle Vorgänge rund um die Krankenkostenabrechnungen, Pflege- und Gesundheitsaufwendungen.

Ein Ansprechpartner f

Ein Ansprechpartner für alle Angelegenheiten

Echte Entlastung – dauerhaft und zuverlässig

Vertrauen Sie auf unsere Kompetenz und unsere Erfahrung aus 40 Jahren Tätigkeit als Beihilfeberater und zugelassener Rechtsdienstleister – bundesweit.

Rufen Sie uns an: 030 / 27 00 00

www.medirenta.de